Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Gr. Brauhausstr. 17. Ueber-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 195. Halle, Dienstag, den 27. April 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Finanz- und Ernährungsfragen.

Minister Koch über die Kommunistenpläne.

Berlin, 26. April. 171. Sitzung. 1 Uhr. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Der Staatsrat von Thüringen hat telegraphisch für die einstimmige Annahme des Gesetzes betreffend den Staat Thüringen gedankt.

Der Gesetzentwurf betreffend Gewährung einer Entschädigung an versetzte Beamte und von Umzugskosten wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Beratung des

Notetats

in Verbindung mit dem mündlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt betreffend die Sparprämienanleihe, dem Antrag Heinze betreffend Zahlung von Lohn für die Tage des Generalstreiks, dem Antrag Agnes wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Auer wegen Einsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Agnes wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und eines allgemeinen Amnestiegesetzes.

Reichsfinanzminister **Wirth**: Dani gehört meinem Vorgänger für die Aufrichtung eines geschlossenen festen Steuersystems und eines Steuerrechtes. Nur die Besitzsteuer mußte noch zurückgestellt werden. Der Besitz ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Vernichtung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg und angesichts des Umstandes, daß der Besitzende sein erworbenes Vermögen immer doch der Allgemeinheit verdankt, muß die Opferpflicht der Besitzenden ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit geschont werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich noch bauernfeindlich. Diese Stärkung der Mittelschichten ist eine soziale Tat. Leider kann der Etat erst in seinen Hauptziffern vorgelegt werden — eine Folge der Kriegswirtschaft. Wir müssen so viel produzieren, als wir brauchen, und müssen den Luxus einschränken, und nach außen senken, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe hereinzubekommen. Wir können jetzt 20 Milliarden einmal in den ordentlichen Etat mehr einstellen, als vor einem Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermehren. Die Demobilmachung machen einen sehr bedeutenden Posten aus. Ebenfalls eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Zu begrüßen ist es, daß die leitenden Staatsmänner der Entente die uns auferlegenden Lasten endlich näher feststellen wollen. Post und Eisenbahn drohen mit weiteren Fehlbeträgen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbeträgen bald aufräumen, so wird der Gedanke der Sozialisierung gefördert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Rückschreibung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuergesetze müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markturs muß weiter gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen, soweit es soziale Monopole sind. Wir müssen die Inlandsproduktion besonders für Lebensmittel heben und die Rationierung baldigst abschaffen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen eng zusammenarbeiten.

Reichsminister für Ernährung **Hermes**: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande einzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande bleibt ein Nothbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können, hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelversorgung schwierig werden wird. Ebenso wird Fleisch eingeführt werden müssen. Die Zuckererzeugung ist an einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Aber wir wollen darum berechtigte Forderungen der Landwirtschaft nicht übersehen. Die angemessenen Preise müssen ihr zugebilligt werden. Eine Inderkommission aus landwirtschaftlichen Erzeugern und Verbrauchern soll von Zeit zu Zeit die Preise kontrollieren. Die Kriegsgesellschaften in meinem Ressort sollen schnellstens auch abgebaut werden. Besonders lege ich Gewicht auf das Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Zentralstellen der Länder. Meine Aufgabe ist, die genügende Ernährung unseres Volkes auf breiterer Basis als bisher sicherzustellen. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumentenpolitik. (Beifall.)

Abg. **Keil** (Soz.). Die Rede des Ernährungsministers zeigt weiten Blick und starke Entschlußkraft. Die Programmrede des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. Seine Darstellung unserer Finanzlage ist nicht rosig, aber wahrhaft. Die Finanzreform ist kein Meisterwerk, aber ihre Mängel beruhen in unserem wirtschaftlichen Chaos und sind unvermeidbar.

Abg. **Dr. Dernburg** (Dem.): Die beiden Ministerreden können erst vom neuen Reichstag in ihrer Tragweite gewürdigt werden. Den Geist der Rede des Finanzministers billigen wir. Wir hoffen, daß unserem Volke bei schneller Organisation ein neuer Aufstieg möglich sein wird. Im Kampf gegen alle Ausbeutung gehen wir mit der Regierung. Vor der großen neuen Anleihe warne ich. Die vielen Tausende überflüssigen Leute bei Post und Eisenbahn müssen anderweitig untergebracht werden.

Abg. **Nacken** (Ztr.): Was die Lage der Gegenwart erfordert, müssen wir bewilligen. Wir bedürfen einer positiven Auslandspolitik. Der Abbau des alten Heeres muß schneller betrieben werden.

Reichsfinanzminister **Wirth**: Wir wollen versuchen, vom alten Heer bis zum 1. Oktober abzubauen, was möglich ist. Es soll dann dem neuen Reichstag genau Rechenschaft darüber abgelegt werden.

Abg. Graf **von Posadowsky** (Dn.): Unser Defizit wird noch steigen, wenn sich unsere Finanzverwaltung nicht auf einen ganz anderen Standpunkt stellt. Es kann an sich im Etat noch vielmehr gespart werden.

Reichsfinanzminister **Wirth**: Von seiten der Nationalen ist uns ein Antrag eingebracht worden, der uns zwingen würde, 70 000 neue Beamte, die bisher Diätare sind, neu einzustellen. Im Ausschuß haben wir die Frage erörtert. Bei den Kosten für das Auswärtige Amt sprechen die Kosten für unsere Beamten im Auslande mit, die durch die Valuta vervielfacht werden.

Reichsminister **Koch** bemerkt auf die Anregung des Grafen Posadowsky, daß die in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten Nachrichten über einen neuen kommunistischen Putsch der Regierung bekannt sind. Sie scheinen übertrieben. Hoffentlich hat die Veröffentlichung der eingeleiteten Untersuchung nicht geschadet.

Reichsminister Dr. **Bell**: Wir werden nur das dringend notwendige Personal einstellen.

Die Beratungen werden abgebrochen.

Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Invalidenversicherung wird dem sozialistischen Ausschuß überwiesen.

Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratungen morgen 11 Uhr: kleine Anfragen.

Schluß 7½ Uhr.

Kommunistische Tollhauspläne.

Einzelheiten aus dem Kampfplan zur Eroberung Mitteldeutschlands. — Halle als Angriffszentrum.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Deutsche Zeitung" setzt ihre Enthüllungen über einen geplanten Kommunistenaufstand, die der „Vorwärts" als Sensationsschwindel und Spitzelberichte bezeichnet, durch die Bekanntgabe von allgemeinen Richtlinien fort, die unterzeichnet sind: „Das Provisorium der Roten Armeeleitung", und die Aufstellung eines großen Generalstabes und von roten Armeegruppen aus Aschersleben, Magdeburg und Tangermünde betreffen.

Diese Richtlinien bezeichnen es als notwendig, eine militärische Leitung, das heißt einen militärischen Generalstab zu schaffen, und zwar in Form von Waffenkommissionen. Die einheitliche Leitung würde man erreichen, indem in den Generalstab ein Genosse aus Sachsen (Chemnitz), einer aus dem Vogtlande, je einer aus Halle und Leipzig, einer aus dem Mansfeldischen Roten Armeeverband, einer aus Magdeburg, einer aus der Armeegruppe Harz, einer aus der Armeegruppe Aschersleben zu entsenden sei. Diese Genossen werden die Oberleitung bilden. Die Verpflegung der kämpfenden Arbeitertruppen sei ein Gebot der Selbstverständlichkeit, das heißt alle Mittel seien dazu recht. Ein festes Grundkapital für die Rote Armee sei bereits vorhanden. Die Rote Armee, die an zahlenmäßiger Stärke wachse, hat den Kampf nach russischer Methode aufzunehmen und wird ihn durchführen. Soweit proletarisch revolutionäre Offiziere nicht vorhanden sind, müßten sie von Rußland geholt werden. Dem Magdeburger Gebiet wird zum Vorwurf gemacht, daß es in der letzten Bewegung in allen Kampfarien versagt und dadurch die Voraussetzung geschaffen hat, daß Staßfurt, Aschersleben usw. niedergeknüttelt werden konnten, wodurch die Reichswehrtruppen gegen Halle frei wurden. Bei erneuten Kämpfen hätte Magdeburg mit seinem Gebiet eine andere Rolle zu spielen und zu verhindern, daß dieses Gebiet Aufmarschgebiet der Reichswehrtruppen gegen das eigentliche Mitteldeutschland werden könne, und daß das Weißenfelser Arbeiterkampfgebiet, das Thüringer aufnehme, um möglichst miteinander sicher gegen Halle vorzumarschieren, das nicht ohne auswärtige Hilfe zurecht kommen werde. Halle aber sei der Ausgangspunkt zur Eroberung ganz Mitteldeutschlands. Mitteldeutschland aber mit seinen Industriegebieten sei neben dem Ruhrgebiet heute der Mittelpunkt des Wirtschaftslebens. In Leipzig und Halle habe die Arbeiterschaft die Waffen in Sicherheit gebracht. Thüringen müsse ein Kampfgebiet für sich werden, und werde auch bald restlos erobert für ein Räthethüringen, das teilweise in verkappter Form besteht. Eine fest organisierte und gut ausgerüstete Rote Armee befinde sich im Mansfeldischen, die heute zwar in die Betriebe gehe, aber jeden Augenblick mobilisiert dastehen könne. Mansfeld habe auch bereits eine äußere Verteidigungslinie eingerichtet, um den Kampf aus dem Ortskomplex und dem Häusermeer hinauszutragen. Im Augenblick des erneuten Kampfes werde Pirna, das noch in der Hand der Arbeiter sei, unterstützt von Chemnitz sich gegen Dresden zu wenden haben. In Leipzig bekommen die vogtländischen Truppen Unterstützung, und vereint gehen sie dann gegen Halle vor, wo inzwischen der Kampf begonnen hat. Das Magdeburger Gebiet, wo die Grundlage einer Roten Armee noch nicht gelegt ist, bleibt vorläufig Schutzgebiet für die anderen kämpfenden Truppen, in dem durch entfesselte örtliche Unruhen die Reichswehr festgehalten wird. Staßfurt, Kalbe, Schönebeck und Oschersleben müßten von Mansfeld aus betrachtet eine erste Außenfortstellung sein. Die zweite große Abwehr- und Verteidigungsstellung würde Ermsleben, Aschersleben, Güsten, Bernburg, Halberstadt werden. Die Rote Armee Sachsen-Anhalt wird sich an die Armeegruppe Harz-Aschersleben, Magdeburg und Tangermünde gliedern. Die Armeegruppe Harz erhält den Auftrag, zuerst die Blankenburger Garnison zu nehmen. Im gleichen Augenblick beginnt die Armeegruppe Aschersleben ihren Vormarsch auf Quedlinburg. —

Bei dem Bericht der „Deutschen Zeitung" wird manchem in unserem Halle das Gruseln kommen; wir meinen jedoch, daß man in diesem „großzügigen" Aufmarschplan, der einem Moltke Ehre macht, günstigenfalls die Ausgeburt einer größenwahnsinnigen Phantasie zu sehen hat, durch die sich die Bevölkerung nicht verängstigen lassen darf. Im übrigen haben wir unseren Standpunkt schon gestern gekennzeichnet.

Keine Rücktrittsabsichten Eberts.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) In parlamentarischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß die Koalitionsparteien entschlossen sind, im neuen Reichstag Schritte einzuleiten, um den Reichspräsidenten Ebert in seinem Amte zu bestätigen. Gerüchte, die von der inländischen Presse kürzlich verzeichnet wurden und von einer angeblichen Amtsmüdigkeit des Reichspräsidenten wissen sollten, sind nach unseren zuverlässigen Erkundigungen ganz aus der Luft gegriffen. Es steht fest, daß Reichspräsident Ebert an sich geneigt ist, sein Amt auch fernerhin beizubehalten unter der Voraussetzung, daß die von Staats wegen zu seiner Verfügung gestellten Repräsentationsgelder erheblich gesteigert werden. Es ist möglich, daß diese Forderung des Reichspräsidenten zu den Gerüchten über die Rücktrittsabsichten Anlaß gegeben haben. Jedenfalls scheint es nach Lage der Dinge wahrscheinlich zu sein, daß Herr Ebert auch nach dem Zusammentritt des Reichstages als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaft in den Vordergrund des politischen Lebens treten wird.

Der neue sächsische Ministerpräsident!

Leipzig, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" hören, beschloß die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei in Meißen einstimmig in geheimer Sitzung, daß die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer den früheren Kultusminister, jetzigen Geheimen Staatsrat Buck-Dresden zum Ministerpräsidenten vorschlagen möchte. Seine Wahl durch die Volkskammer steht unmittelbar bevor, so daß auch die Bildung des neuen Ministeriums bald zu erwarten ist. Die bisherigen demokratischen Minister werden vermutlich der neuen Regierung wieder angehören.

Rücktritt General von Watters.

WTB. **Berlin**, 26. April. Generalleutnant von Watter, Befehlshaber des Wehrkreises 6 in Münster, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung enthoben worden.

Aburteilung von Zuchthausmeuterern.

WTB. **Werden** (Ruhr), 26. April. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte von 14 Meuterern, die am Tage des Einzuges der Revolutionstruppen in Essen aus dem Zuchthaus Werden auszubrechen versuchten, einen zum Tode, die anderen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Wechsel im Verkehrsministerium.

Nachdem nun sämtliche beteiligten Parlamente den Vertrag über die Verreichlichung der Eisenbahnen angenommen haben, steht die formelle Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. Mai bevor. Die Verwaltung der Eisenbahnen erfolgt bereits seit 1. April auf Rechnung des Reiches.

An die Spitze des Reichsverkehrsministeriums tritt auf Grund der Vereinbarung mit den Gewerkschaften der frühere Reichskanzler und jetzige Reichsschatzminister **Bauer**. Minister **Bell** wird voraussichtlich Nachfolger Bauers im Reichsschatzministerium.

Minister **Oeser**, dem das Reichsverkehrsministerium vor dem Kapp-Putsch formell zugesagt war, damit er auf Grund seiner Sachkenntnis und seiner anerkannten Arbeitskraft die Neu-Organisation durchführe, bleibt preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten; er hat als solcher in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200427018/fragment/page=0001

erster Linie die große Vorlage über den Mittellandkanal zu erledigen und die Abwicklung der preußischen Eisenbahnverwaltung durchzuführen.

Maßnahmen gegen ausländische Schieber.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Maßnahmen gegen ausländische Schieber kündet der Minister des Innern durch folgende Verfügung an: In Zukunft wird gegen alle aus dem Osten eingewanderten Ausländer, die sich des Lebensmittelwuchers oder irgend welcher Schieberhandlung, sei es auf dem Gebiete der Ernährung oder des Warenverkehres, namentlich auch des Gold-, Silber- und Juwelenhandels oder auch der Valutaspekulation verdächtig machen, ohne Rücksicht auf die Konfession, Rasse, den Beruf, die Bildung und den Besitz mit aller Schärfe vorgegangen werden. Dient gegen Ausländer bringender Verdacht der Begehung dieser strafbaren Handlungen vor, so werden sie sofort, ohne erst eine rechtskräftige Verurteilung abzuwarten, der zuständigen Abteilung im Polizeipräsidium vorgeführt.

Lloyd George bestätigt die Uebereinstimmung der Alliierten.

San Remo, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Lloyd George sagte in einem Interview mit französischen Journalisten, eine vollständige Uebereinstimmung sei erzielt worden. Eine gemeinsame Erklärung werde veröffentlicht werden, an der sich Belgien beteiligen werde, die Vereinigten Staaten dagegen nicht. Die Maßnahmen für die Durchführung des Friedensvertrages würden den militärischen und maritimen Sachverständigen überlassen werden.

Zur Brüsseler Konferenz.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Beschlüsse von San Remo, besonders über die Einladung des Kanzlers für eine Brüsseler Konferenz liegen an hiesiger amtlicher Stelle offizielle Mitteilungen noch nicht vor, wenn auch Privatmitteilungen im wesentlichen die Berichte der Presse bestätigen. Man erwartet selbst innerhalb der nächsten Tage eine Einladung der Alliierten Regierungen zu den angekündigten Besprechungen in Belgien. Ob Reichskanzler Müller oder ein anderer Deutschland in Brüssel vertritt, kann jetzt natürlich noch nicht gesagt werden, da der Gegenstand der neuen Konferenz noch nicht bekannt ist und auch noch nicht feststeht, wen die Entente delegieren wird.

Der Temps spricht von einer Einladung der deutschen Regierung nach Spaa.

Paris, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des Temps wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zu entsenden. Die Zusammenkunft wird am 25. Mai stattfinden.

Der Grund für die Verwaltung Tirols.

Amsterdam, 26. April. Gegenüber der Kritik, die bei Beratung des österreichischen Friedensvertrages im englischen Unterhause an dem Vertrag, besonders an der Regelung der Tiroler Grenzfrage, geübt wurde, führte Lord Milner als Regierungsvertreter unter anderem aus, man könne gegen die von Italien verlangte Grenzfestsetzung mancherlei Einwendungen vorbringen. Es handle sich aber nach dem einstimmigen Urteil der militärischen Sachverständigen der Alliierten um die beste strategische Nordgrenze für die Italiener. Das Gerede über das arme kleine Oesterreich sei schön und gut. Aber man solle nicht vergessen, daß Oesterreich später möglicherweise der südliche Teil Deutschlands werden könne. Dies könne mit Zustimmung des Völkerbundsrates geschehen. Der Eintritt Oesterreichs in den deutschen Staatsverband in der nahen Zukunft sei keine Unmöglichkeit. Viele Leute begünstigten diese Lösung. Dadurch werde seine Ansicht aber nicht widerlegt, daß es sich bei der Bestimmung der Tiroler Grenze um die Sperrung des Einfallstores handle, durch dessen Vorhandensein Italien in früheren Zeiten zu leiden hatte.

England Protektor von Palästina.

San Remo, 26. April. Der Oberste Rat hat das Mandat über Palästina Großbritannien zugesprochen. In das Statut des Völkerbundes ist die Errichtung Palästinas als jüdisch-nationaler Heimstätte unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der arabischen Bevölkerung aufzunehmen.

San Remo, 26. April. Es ist endgültig entschieden, daß England das Mandat über Mesopotamien und Palästina, Frankreich das Mandat über Syrien erhält. Präsident Wilson wurde ersucht, als Schiedsrichter für die Festsetzung der armenischen Grenze aufzutreten. Die türkische Suzeränität über das Gebiet von Smyrna findet darin ihren Ausdruck, daß es der Bevölkerung verboten ist, in das Athener Parlament Abgeordnete zu entsenden. Nach fünf Jahren darf aber das örtliche Parlament von Smyrna sich an Griechenland anschließen. Von diesem Zeitpunkt an würde dann die türkische Suzeränität aufhören.

San Remo, 26. April. (Eigene Drahtnachricht.) Italien gibt noch nicht seine Zustimmung zum englischen Mandat in Mesopotamien und zum französischen Mandat über Syrien, bevor es in Anatolien ökonomische Kompensationen erhält. Die Mitglieder der Konferenz sind geneigt, die russische ökonomische Mission einzuladen, nach Europa zu kommen. Morgen wird noch in endgültiger Art die Abänderung des Friedensvertrages von Versailles behandelt werden. Auch über die Adriatische Frage wird morgen ein definitiver Beschluß gefaßt werden.

Gegen belgische Willkür.

Berlin, 26. April. Wegen des Beschlusses der Kommission zur Festsetzung der deutsch-belgischen Grenze, wonach im Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem einmütigen Willen der Bevölkerung die einzige Eisenbahnlinie des rein deutschen Kreises Monschau dem belgischen Staate zugesprochen werden soll, hat die deutsche Regierung der Friedenskonferenz, dem Völkerbund und den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Belgiens eine ausführliche Protestnote übermittelt. In ihr wird in eingehenden Rechtsausführungen nachgewiesen, daß dieser Beschluß verschiedene Artikel des Friedensvertrages verletzt, und festgestellt, daß die Kommission ihre Zuständigkeit überschritten hat, weshalb dieser Beschluß als ungültig betrachtet werden müßte. Die deutsche Regierung beantragt den Widerruf des Beschlusses herbeizuführen, und erklärt sich bereit, die Streitfrage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Eduard Bernstein gegen den Bolschewismus.

Eduard Bernstein wendet sich in einem Artikel, den er im „Vorwärts" veröffentlicht, gegen den Ausdruck „Formale Demokratie", wie er jetzt in kommunistischen und unabhängigen Blättern als Kampfruf gegen die jetzige Regierung mit Vorliebe verwendet wird. Bernstein weist darauf hin, daß die Demokratie, wie sie durch unsere jetzige Verfassung garantiert ist, so real wie nur irgend möglich sei. Nur dort finde sie ihre Grenzen, wo sie auf Unmöglichkeiten staatlicher oder wirtschaftlicher Natur stoßen. Bernstein exemplifiziert dann auf die Grundsätze, die im bolschewistisch regierten Rußland die maßgebenden sind. Er sagt unter anderem:

„Gerade die Erfahrungen der Bolschewisten sind ein Schulbeispiel dafür, daß selbst mit den größten Vollmachten ausgestattete und mit der rücksichtslosesten despotischen Gewalt vorgehende politische Herrschaft elend versagt, wenn sie sich über die Grenzen hinwegsetzen zu können glaubt, welche die Tatsachen des sozialen Lebens dem Eingreifen in dessen funktionellen Entwicklungsgang ziehen. Sie, die Meister, sind in allen Kniffen der Politik der alten reaktionären Regierungen, haben sich, durch den Aberglauben an die Allmacht der politischen Gewalt verleitet, als wahre Stümper auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und Sozialpolitik erwiesen. Trotz Einstellung sehr tüchtiger Fachleute haben sie eine ihrer vermeintlich den Sozialismus unmittelbar zur Verwirklichung bringenden Maßnahmen nach der anderen zurücknehmen müssen, weil sie teils das Gegenteil der Ergebnisse zur Folge hatten, die sie bewirken sollten, teils sich überhaupt nicht durchführen ließen, und mit dem, was sie die Diktatur des Proletariats nennen, was aber tatsächlich immer nur — und zwar mit Naturnotwendigkeit — die Diktatur einer Minderheit über der Mehrheit des Proletariats war, sind sie jetzt bei der Einführung eines Arbeitszwangsgesetzes gelandet, das mit seinen drakonischen Bestimmungen in bezug auf Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter und Vorschrift „eiserner Disziplin" des weiland deutsche Hilfsdienstgesetz weit hinter sich läßt. In bezug auf wirklichen Arbeiterschutz sind die Arbeiter Rußlands heute da, wo sie zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren. Von dem Achtstundentag, den die „nur formale Demokratie" in Deutschland als Höchstarbeitstag zur Verwirklichung gebracht hat, ist in Rußland nicht mehr die Rede. Nicht infolge mangelnden guten Willens der Bolschewisten; es liegt mir fern, ihnen den abstreiten zu wollen. Aber infolge ihrer tsäpischen Gewaltpolitik, die sie für marxistisch hielten, und die tatsächlich im Rückfall einer vormarxistischer Revolutionsutopismus war bezw. ist."

Zum Schluß führt Bernstein an, daß man auch von einer demokratischen Republik nicht verlangen könne, daß sie auf dem schwierigen Gebiete der Volkswirtschaft Wunder verrichte. Sie müsse hier schrittweise vorwärts gehen, wenn sie nicht das Treiben einer Kuh im Porzellanladen nachahmen wolle. Bernstein bezeichnet es als niedrigen Volksbetrug, wenn man unserer Demokratie vorwerfe, daß sie den Kapitalismus auf Kosten oder zum Schaden der Arbeiter schütze und schone. Er wisse von keinem Land, wo heute den kapitalistischen Ausbeutungstendenzen engere Schranken gezogen seien als in Deutschland.

Die Wahlbewegung.

Die Deutsche demokratische Partei Niederschlesiens hat nach einer Breslauer Meldung für den Reichstag folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Rektor Kopsch-Berlin, 2. Gutspächter Schmidthals-Niemberg, 3. Fabrikdirektor Jahn-Liegnitz, 4. Frauenkandidatur (noch unbesetzt), 5. Schlossermeister O. Zech-Görlitz, 6. Bauerngutsbesitzer Andreas Wirth-Wartha, Kr. Hoyerswerda, 7. Realgymnasialdirektor Dr. Langner-Sprottau, 8. Justizrat Dr. Ablaß-Hirschberg.

Die Breslauer Sozialdemokraten schlagen Eduard Bernstein, Loebe, Klara Böhm-Schuch, Landmann und Stadtbaurat Berg vor.

Für die Reichstagswahlen hat die Deutsche demokratische Partei des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt folgende Kandidaten an die Spitze ihrer Listen gestellt: 1. Reichsminister a. D. Schiffer, 2. Führer des Bauernbundes Dr. Böhme, 3. Regierungspräsident Dr. Pohlmann (Magdeburg), 4. Handelskammersyndikus Dr. Rauch (Dessau).

Die Vertreterversammlung der Deutschen demokratischen Partei für den Wahlkreis Hessen-Nassau stellte u. a. folgende Kandidaten für die Reichstagswahl auf: 1. Professor Walter Schücking-Marburg, 2. Landwirt Trieschmann, 3. Reichsminister a. D. Hugo Preuß, 4. Dr. Anna Schuhs-Frankfurt a. M., 5. Pfarrer Philippi-Wiesbaden, 6. Schuldirektor Friedrich Cassel, 7. Handelskammersyndikus Dr. Trumpler-Frankfurt a. M.

Worte und Taten.

Die deutschnationale Presse nimmt die von uns gestern unter Provinz berichteten Vorgänge in Bitterfeld, bei denen leider wieder Blut geflossen ist, zum Anlaß einer Wahlbelehrung. Sie schreibt: „Der Vorfall in Bitterfeld zeigt deutlich, wohin unsere Fahrt geht, wie es in Wirklichkeit um die Ueberbrückung der politischen Gegensätze bestellt ist und wie die Zustände im Vaterlande sich gestalteten, wenn die Unabhängigen das Heft in der Hand haben würden, wie es in Bitterfeld der Fall ist, der Vorfall in Bitterfeld sollte daher dem Bürgertum ein Weckruf für die kommenden Wahlen sein."

Das ist an sich durchaus richtig. Wer ist es denn aber gewesen, der bisher in der politischen und wirtschaftlichen Aufbauarbeit zusammen mit den Unabhängigen den Regierungsparteien die größten Schwierigkeiten bereitet hat? Haben nicht die Deutschnationalen bei jeder wichtigen Abstimmung die gleiche ablehnende Stellung wie die Unabhängigen eingenommen? Haben nicht gerade die Deutschnationalen durch eine systematisch betriebene Hetze gegen die Regierung diese in den Schmutz zu ziehen und verächtlich zu machen gesucht? Ist es nicht die deutschnationale Presse gewesen, die an Noske kein gutes Haar ließ und auch den jetzigen Reichswehrminister mit den verächtlichen Worten — ein Wachtmeistersohn — abzutun versuchte? Und hat nicht auch der Kapp-Putsch, den die deutschnationale Presse mit den Worten „Mit Gott, für Volk und Vaterland" begrüßte, die Machtgelüste der radikalen Linken wieder von neuem geweckt? — Gerade die Deutschnationalen hätten alle

Ewige Heimkehr.

Von

Armin T. Wegner.

(Nachdruck verboten.)

Sie sagten mir einmal, mein verehrter väterlicher Freund, als ich Ihnen von meiner Sehnsucht nach fremden Ländern sprach und der unbezwinglichen Begierde, zu reisen — Sie sagten und deuteten auf meine Brust: „Hier ist Indien, hier ist Amerika!"

Anders, doch stärker als in jener Stunde, nun, da die blonde Helle mit nackten Füßen über die Bläue des Bosporus tanzt, im Schleier der Glycinienlaube, an den Stamm blühender Judasbäume gelehnt, unter Berghängen, Ruinen, fühle ich auch heute, daß ich all diese Dinge schon einmal im Herzen trug. Sang mir an dieser Veranda die Amme? Ist es ein Wiedersehen?

Gestern, als ich die schmale Gasse nach der Brücke hinunterstieg, versetzte der Zufall mich in den alten Bazar von Stambul. In die kühle Dämmerung überwölbter Gänge tretend, von dem tausendstimmigen Lärm des Reichtums betäubt, erschrak ich vor der verwirrenden Schönheit dieses Gesichtes. Geblendet schlug ich die Augen zu Boden, wie der Liebende, der unerwartet das begehrte Antlitz erblickt. War dies die Welt, in der ich als zehnjähriger Knabe mit Nasenbluten und ewigem Kopfschmerz lebte? Auf dem Tische der Händler, zwischen Waffen und kupferneem Gerät, sah ich zwei hölzerne, mit Perlmutter umrandete Pantoffeln liegen und wurde von einer Zärtlichkeit zu ihnen erfüllt, als wären dies die hölzernen Schuhe, die meine Mutter in ihrer Kindheit zu tragen pflegte — obwohl ich doch weiß, daß sie niemals solche besaß. Rinnende Menschenbäche spülten mich an den Hasen hinab, Lastträger, Holzstämme auf ihren Schultern schaukelnd, mit Tonkrügen beladene Esel versperrten mir den Weg. Rührung erstickte meine Stimme, und ich ließ den Atem ihrer Nüstern um meine Hände streichen — ich habe die Esel Ali Babas wiedergefunden, die ich seit meiner Kindheit suchte. Schlafwandelnd stieg ich den Hügel hinauf, an den zweigeteilten Treppen der Häuser vorüber, unter dem geheimnisvollen Lichtschein der Fenster, die ihr brennendes Auge hinter hölzernen Läden kühlten. Wann war es, daß ich zuletzt in ihrem Schatten ging?

Darum glauben Sie nicht, o mein verehrter väterlicher Freund, daß es die Begierde zu schauen war und die Sucht nach dem Wechsel der Stunde, die mich wieder von Ihrer Seite riß. Aus dem Herzen der Väter, der Erinnerung des Blutes, aus der Stimme des alten Lehrers (dunkel und schläfrig war die Stunde am Nachmittag), aus der Seele vergilbter Bücher wuchs es hinüber in mich. Auf der schlanken Rippe des Kahnes über das strömende Meer segelnd, sehe ich in mir die Kette all jener Länder und Städte aneinandergereiht, in denen die schweifende Seele zu Gast war, Blut, Krieg, Schmerz und die Augen der Toten mit leichter Hand in den Abgrund des Vergessens stürzend — ach, ich fühle es wieder, wie ewiges Heimweh mich über die Erde treibt! Ich sehe die weißen Finger der Moscheen im Abendnebel über der Stadt auftragen. O du steinerner Schwur, der über den Dächern der Luft und des Unheils erstarrte! Winkt nicht vom Ufer die gehöhlte Schwelle der mütterlichen Tür? Wie lange geschah es, daß ich in fremden Ländern verirrt war? In diesen Gassen, die mit gebrochenen Knien den Hügel hinabgleiten, in diesen Kaffeehäusern, schwarz und rauchig, wo von der zersprungenen Wand aus geäugten Bildern Sultane mit zwiebelförmigem Turban herrisch blicken, in der schwarzen Stadt die Schiffe und Leichter, die nägelbeschlagen im Hafen ruhen — war ich zu Hause. Ich bin Sindbad, der Seefahrer, der in die Vaterstadt heimkehrt zum hundertsten Mal!

Kunst und Wissenschaft.

Vorlesungen über Zeitungswesen. Eine Reihe von Vorlesungen über ausgewählte Fragen des Zeitungswesens ist an der Universität Münster für das Sommerhalbjahr 1920 angekündigt. Es werden lesen: Die Presse Deutsch-Oesterreichs, Prof. Lukas; Die Presse der Schweiz, Prof. von Salis; Die Presse Frankreichs, Prof. Wiese; Die Presse Italiens, Prof. Ehrenberg; Die Presse Englands, Prof. Keller; Die Presse Amerikas, Prof. Daenell; Die Presse Rußlands, Dr. Teichmacher; Die Presse Hollands, Prof. Schwering; Die Presse Dänemarks, Dr. Megon; Die Deutsche Presse, Dr. Costelle; Geschichte der Presse und der öffentlichen Meinung während der Freundberichsrat und der Befreiungskriege mit besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen, Dr. d'Ester; Zeitungspraktikum: Aeußere Machtkonstellation und innere Parteipolitik mit besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Bewegungen, Dr. Teichmacher; Zeitgeschichtliches Zeitungspraktikum, Prof. Meister.

Graf Keyserlings „Reisetagebuch eines Philosophen" in der Universität. Prof. Dr. Ernst Bergmann von der Universität Leipzig kündigt für das Sommersemester die Lektüre und Interpretation von Hermann Graf Keyserlings vielbesprochenem „Reisetagebuch eines Philosophen" an. Wohl als eine der ersten Universitäten Deutschlands nimmt die Leipziger Hochschule ein erst vor wenigen Monaten erschienenes Werk eines lebenden Autors als Vorlesungsgegenstand in den Lehrplan auf.

Hugo Vogel — Ehrendoktor. Der bekannte Berliner Maler Prof. Hugo Vogel wurde bei der Enthüllung seines großen Wandgemälde „Prometheus bringt den Erdbewohnern das Feuer" im Hörsaale der Ersten Medizinischen Klinik der Charité von der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin zum Ehrendoktor ernannt.

Hauptversammlung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft. Unter Brands Leitung tagte die Hauptversammlung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft in Weimar. Zum Ehrenmitglied wurde der frühere Generalintendant v. Vignau ernannt. Der Kultusminister Laeuitz meldete seine Mitgliedschaft an.

Hochschulnachrichten.

Der bisherige ordentliche Professor der Aegyptologie an der Universität Straßburg Dr. Wilhelm Spiegelberg, ist zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Heidelberg ernannt worden. — Prof. Dr. Bernhard Fehr, bisher ord. Prof. der englischen Philologie in Straßburg, der erst kürzlich einen Ruf an die Universität Halle abgelehnt hat, hat auch einen Ruf nach Wien erhalten. Vorläufig ist Prof. Fehr in seine alte Stellung als Professor an der Handelshochschule zu St. Gallen zurückgekehrt. Der aus Basel gebürtige Anglist lehrte früher in Zürich und Dresden. — Die venia legendi für motorische Bodenbearbeitung und die landwirtschaftlichen Maßnahmen bei der Anwendung motorischer Bodenkultur erhielt an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule der frühere a. Professor für landwirtschaftliche Maschinenkunde an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf Dr. phil. Hans Holldack. — Dr. Johannes Compernaß aus Salmünster bei Schlüchtern, Reg.-Bez. Kassel, erhielt an der Gießener Universität die venia legendi für byzantinische Philologie. Compernaß, dessen Spezialarbeitsgebiete Koine, Neugriechisch, Bulgarisch und russische Volkssprache sind, war früher lange Jahre im höheren Schuldienst tätig. 1910—1912 als Privatdozent für spätgriechische und byzantinische Philologie in Zürich und später als Lehrer der russischen Sprache an der Handelshochschule Köln. — Am staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster haben Lehraufträge erhalten: Prof. Dr. Plenge, leitender Direktor des Instituts, für Soziologie und Ingenieur Richard Woldt, Mitglied der preuß. Landesversammlung, für soziale Betriebslehre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200427018/fragment/page=0002

Ursache, sich ihrer Mitschuld daran, daß die Unabhängigen die Politik in Deutschland durch Gewaltakte beeinflussen wollen, bewußt zu sein. — Ihren Weckruf an das Bürgertum lassen wir gelten, sind aber überzeugt davon, daß die Flucht des Bürgertums aus dem deutschnationalen Lager nicht mehr aufzuhalten ist, weil man einsehen gelernt hat, daß die nationalen Worte mit den Taten nicht übereinstimmen. th.

Preußische Landesversammlung.

Vorschüsse an die Beamten. — Die neue Besoldungsordnung wird nächste Woche vorgelegt.

Berlin, 26. April. 138. Sitzung. 12 Uhr. Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik ersucht die Regierung, das den Kleinkinderheilstätten gehörige Hospiz in Norderney auf Staatskosten instand zu setzen, damit es noch in diesem Sommer mit Kindern belegt werden kann.

Abg. Weyl (U. S.) beantragt einen Zusatz, durch den dem Staat entsprechend den aufgewendeten Mitteln Eigentums- oder Pfandrecht an dem Kinderheim zugesprochen werden soll.

Der Ausschußantrag mit dem Zusatzantrag Weyl wird einstimmig angenommen.

Eine Novelle zu der Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913 geht an den Haushaltsausschuß.

Der Gesetzentwurf zur Errichtung von Ortsgerichten in Unterliederbach, Sindlingen und Zeilsheim wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Staatshausplanes für 1920 in Verbindung mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf schleunige Auszahlung eines Vorschusses auf die erwartete Gehaltserhöhung an die Beamten und Lehrer und mit einem entsprechenden Antrage der Rechtsparteien.

Abg. Kimpel (Dem.): Die Gewährung des Vorschusses ist mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse der letzten Zeit bedingte Verzögerung in der Einbringung und Verabschiedung des Beamtenbesoldungsgesetzes erforderlich.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) will im Sinne des Antrages seiner Partei den Vorschuß auf 1000 Mark festgesetzt sehen.

Abg. Meyer-Herford (D. Vpt.) fragt nach dem Schicksale der Verwaltungsreform und erhebt gegen den Gedanken Einspruch, daß Noske zum Oberpräsidenten von Hannover ausersehen werde. Den Vorschußanträgen stimmen wir zu, den Etat lehnen wir ab.

Abg. Richter-Neumünster (Soz.) weist die Angriffe gegen Noske zurück.

Finanzminister **Lüdemann**: Im Rahmen dieser Beratung wollen wir auf die politischen Einzelfragen nicht eingehen. Die Beamtenreform wird noch eingehend beraten. Wir müssen jetzt noch die aus den Entschließungen der Nationalversammlung hervorgehenden Aenderungen durchführen. Wir werden Ihnen die neue Besoldungsordnung noch im Laufe dieser Woche vorlegen. Vorschußleistungen habe ich bereits angeordnet. Mit der neuen Besoldungsordnung wird auch eine Neuregelung der Pensionsverhältnisse verbunden werden. Die neue Lehrerbesoldung wird in einem besonderen Gesetz gleichzeitig mit der Beamtenbesoldungsreform vorgelegt werden.

Abg. Meyer-Herford (D. Vpt.) tritt für die Forderung der inneren Kolonisation ein, ferner für bessere Anstellungsverhältnisse der Assistenzen und für die vollständige Durchführung der hauptamtlichen Kreisschulaufsicht.

Abg. Ahlef (Ztr.) tritt für Beamtenvermehrung ein, soweit sie durch die gekürzte Arbeitszeit bedingt ist.

Der Notetat geht mit den Anträgen an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des neuen Verfassungsentwurfs für Preußen.

Minister des Innern **Severing**: Man hat die bürokratisch-juristische Sprache des Entwurfs bemängelt. Das ist nicht ganz unberechtigt. Aber klar sind die Begriffe gefaßt. An der Spitze steht die Bestimmung, daß Preußen eine Republik ist. Auf einen besonderen Staatspräsidenten wird verzichtet. Bewilligungen des Landtages, die über die Vorschläge der Regierung hinausgehen, sind an die Zustimmung des Finanzministers gebunden, ebenso die Einführung neuer Steuern, die Aufnahme von Anleihen und die Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist.

Abg. Hirschfeld (Soz.): Wir werden noch manche Aenderungen an dem Entwurf beantragen. Für einige wichtigere Fragen wünschen wir die Einführung der allgemeinen Volksabstimmung.

Abg. Dr. von Kries (Dn.): Wir empfinden es mit Befremden, daß der Ministerpräsident abwesend ist. Für unsere Verfassung hätte die bayerische in mancher Beziehung vorbildlich sein können. Der verfassungsmäßige Schematismus des Staatsgebietes hätte in die Verfassung selbst verankert werden müssen, gebietes hätte in die Verfassung selbst verankert werden müssen, die Stelle des Fremdwortes Republik hätte das deutsche Wort „Freistaat" treten sollen. Auch wir wünschen Volksentscheidung in wichtigen Fragen. Wir vermissen den Landespräsidenten und fordern weiter das Zweikammersystem.

Abg. Eichhorn (U. S.): Wir erstreben den deutschen sozialistischen Einheitsstaat und würden Preußen lieber heute als morgen im Reiche aufgehen lassen. Wir fordern nach wie vor die Einführung der proletarischen Diktatur. Ferner ist die Bewaffnung der organisierten Arbeiter notwendig. (Lachen rechts.) Das Zweikammersystem verwerfen wir, ebenso wie wir den Finanzrat verwerfen.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung, vorher Schlußabstimmung über Groß-Berlin.

Schluß 7/6 Uhr.

Deutsches Reich.

v. Gilsa Oberstleutnant. Auf Vorschlag der zuständigen militärischen Stellen hat der Reichspräsident dem Major von Gilsa den Charakter als Oberstleutnant verliehen.

Der 3. Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". Vom Cottaschen Verlage wird geschrieben: Durch die Presse läuft die Notiz, daß infolge der Entscheidung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, der dritte Band der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck ohne die Kaiserbriefe erscheinen werde. Diese Annahme trifft nicht zu. Der Cottasche Verlag hält nach wie vor daran fest, daß das politische Testament des Reichsgründers dem deutschen Volke unverkürzt und unverstümmelt bekanntgegeben werden müsse. Die Kaiserbriefe bilden keinen Anhang, sondern sind mit dem Text des ganzen Werkes organisch verwoben. Das Gericht hat, indem es die wenigen Kaiserbriefe urheberrechtlich schützte, Bismarck zum Schweigen verurteilt.

Der außerordentliche Studententag in Erlangen. Wie die Vertretung der Deutschen Studentenschaft mitteilt, ist mit dem Zusammentritt des geplanten außerordentlichen deutschen Studententages in Erlangen erst in der Pfingstwoche zu rechnen. Man wird sich selbstverständlich auch mit dem Entwurf zur Bildung von Studentenschaften befassen und dazu Stellung nehmen müssen.

Die Behebung des Wohnungsmangels. Der Wohnungsausschuß der Nationalversammlung hat am Sonnabend die allgemeinen Erörterungen über den Gesetzentwurf zur Behebung des Wohnungsmangels abgeschlossen. Es ergab sich schließlich Uebereinstimmung darüber, daß der von der Regierung vorgeschlagene Weg, die in Betracht kommenden Verordnungen durch gesetzliche Bestimmungen zu ersetzen, beschritten werden müsse, um weitere Einwände gegen deren Rechtsgültigkeit unmöglich zu machen. Einen breiten Raum nahm die Frage ein, ob bei dem Gesetzentwurf das Eigentumsrecht der Wohnungsinhaber in genügender Weise gewahrt sei. Ueber diesbezügliche Anträge soll in der Montagssitzung entschieden werden. Auch ist in Aussicht genommen, das Gesetz zu befristen; als Termin seines Ablaufs ist der 31. Dezember 1920 in Aussicht genommen.

Selbsthilfe der Aerzte. Der Aerzteverein der östlichen Vororte Berlins hat eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß, wenn ein Arzt während einer revolutionären oder gegenrevolutionären Bewegung oder eines Generalstreiks, ohne daß er sich gegen die bestehenden Gesetze vergeht, verhaftet oder in der Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit in gewaltsamer Weise gehindert oder an Eigentum bzw. Gesundheit geschädigt wird, sämtliche Aerzte des Bezirkes ihre Tätigkeit sofort einstellen.

Der Erfolg der ersten internationalen Messe in Frankfurt a. M. hat den Anstoß zu einem Ausbau der bisherigen Messeeinrichtungen gegeben, als deren Ergebnis jetzt der Neubau des Offenbachhauses im Beisein von Vertretern der Stadt sowie von Handel und Industrie der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Durch den Neubau sind rund 7000 Quadratmeter Ausstellungsraum geschaffen worden. Stadtrat Dr. Landmann betonte in der Eröffnungsrede, daß der Name Offenbachhaus gewählt worden sei, um damit die Unzertrennlichkeit des großen mainischen Wirtschaftsgebietes zu betonen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 27. April 1920.

Friseur-Ausstellung und Preisfrisieren.

Der Damen-Friseur-Verein 1911 und die Barbier-, Friseur-, Perückenmacherinnung hielten am Sonntag in den festlich geschmückten Räumen des Neumarkt-Schützenhauses ihr IX. Stiftungsfest ab. Zugegen waren Vertreter der Handwerkskammer und des Innungsausschusses. Dann fand die Eröffnung der fachgewerblichen, reich beschickten Ausstellung mit einem Rundgang statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden und einem Prolog begann das Preisfrisieren, das 50 Minuten dauerte. Die Preisrichter Bock (Leipzig), Steinbrück (Merseburg), Wagner (Dessau) und der künstlerische Beirat R. E. Berndt (Leipzig) hatten ein schweres Amt, trafen aber schließlich folgende Entscheidungen: Preise erhielten in Klasse I: den 1. Preis Frau Schwabe, Wolfstraße (Preis der Einkaufsgenossenschaft), 2. Preis Frl. Heese, Burgstraße (Preis des Damen-Friseur-Vereins), 3. Preis Frl. Hildebrandt, Merseburger Straße (Preis der Firma R. E. Berndt), 4. Preis Herr Bartuhn, Wallstraße (Preis der Einkaufsgenossenschaft), 5. Preis Frau Petzold, Leuchtenfelsstraße (Preis der Firma H. Müller, Hohlschleiferei), 6. Preis Frau Schente, Alte Promenade (Preis von Kollege Wenzke), 7. Preis Frl. Löblich, Merseburger Straße (Ehrenpreis vom Vereinswirt Kittler). Klasse II: 1. Preis Fr. Wolff, Landsberg (Preis der Handwerkskammer), 2. Preis Frau Brandt, Diemitz (Preis der Firma Löwenstein), 3. Preis Frau Enders, Breite Straße (Preis der Friseur-Innung), 4. Preis Frau Steinbeiß, Südstraße (Preis der Firma Löwenstein), 5. Preis Frl. Linsert, Burgstraße (Preis der Firma Barüch), 6. Preis Frau Zimmermann, Rich.-Wagner-Straße (Ehrenpreis vom Vereinswirt Kittler, „Stadt Leipzig"), 7. Preis Frau Böhm, Herrenstraße (Preis der Firma Graubmann, Hohlschleiferei).

Nach einem Prolog und der Ehrung verschiedener Mitglieder der Innung fand anschließend Konzert und Ball statt. Im Laufe des gestrigen Tages stand die Ausstellung weiterhin zur Besichtigung frei. Um 3 Uhr folgte ein Vortrag des Herrn R. E. Berndt über das Thema: „Ueber moderne Büstenfrisur und wirksame Schaufensterdekoration im Friseurgewerbe" statt. Mit einem sich daran anschließenden Tanzkränzchen erreichte das Stiftungsfest sein Ende.

Ein neuer Provinzialverband evangelischer Kirchenmusiker hat sich am Sonntag hier gebildet. Bisher bestanden in der Provinz drei Kantoren- und Organistenvereine, die sich nun endlich zu einem vereinigt haben. Der neue Verein ist ein Teil des Landesverbandes der Kirchenmusiker Preußens. Er gliedert sich in Zweigvereine. Mitglied kann jeder ev. Kantor und Organist werden. Erster Vorsitzender ist Herr Organist Siebenbrodt, Ammendorf.

Neue Freimarkenhefte zu 4 Mark. Wenn die bisher gebräuchlichen Freimarkenheftchen zum Preise von 3 Mark verbraucht sind, werden von den Postanstalten neue Heftchen ausgegeben werden; sie enthalten 10 Freimarken zu 20 Pfg., 8 zu 15 Pfg., 4 zu 10 Pfg. und 8 zu 5 Pfg. Der Verkaufspreis beträgt 4 Mk.

Unsere Großkunstflieger außer Kontrolle. Mit dem 9. April ist die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Frist von drei Monaten, innerhalb deren die drei Großkunstflieger Nauen, Gilnese und Königs-Wusterhausen unter der Kontrolle der Interalliierten Marine-Ueberwachungskommission standen, abgelaufen. Die den Großkunstfliegern auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Beförderung von Nachrichten über Angelegenheiten der Seemacht des Heeres oder der Politik, die für Deutschland und die mit Deutschland während des Krieges verbündet gewesenen Mächte von Belang sind, bestehen daher nicht mehr. Gleichzeitig ist die während jener Frist vorgesehene Ueberwachung der durch die erwähnten Großkunstflieger zu befördernden Hardsteletegramme sowie die Feststellung der zu benutzenden Wellenlängen durch die alliierten Regierungen weggefallen.

Am Lehrerverein Halle-Umgegend gab in der letzten Sitzung zunächst Lehrer Bubenden-Schönnewitz vorzügliche Richtlinien zu dem aktuellen Thema: „Geschichtsunterricht im Volksstaat". Redner führte unter großem Beifall folgendes aus: der Geschichtslehrer steht vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Frage von der Schuld am Weltkrieg wird schwer festgestellt werden. Das finnlose Wüten der Parteien und Stände müssen aufhören. dem Geschichtsbuch darf wie dem Religionslehrer kein Zwang auferlegt werden. objektive Geschichtsmissenschaft nach Quellenforschung kann selbst noch nach dem politischen Standpunkt des Verfassers subjektiv gefärbt sein. Vortragender forderte von den neuen Geschichtsbüchern (die alten sind verboten) mehr Kulturhistorisches und Staatsbürgerkunde und dadurch bessere nationale und soziale Erziehung. im freien Volksstaate muß aber auch das Gute von tüchtigen Herrschern lach- und wahrheitsgemäß gelehrt werden. — Im geschäftlichen Teil wurde noch jeder Lehrer verpflichtet, keine Privatstunde unter 5 Mark zu erteilen.

Provinzial-Nachrichten.

⊕ **Büschdorf**, 26. April. (Klasse A.) Wie Dölau und Nietleben, so ist auch Büschdorf nach Teuerungsklasse A versetzt worden.

* **Weißenfels**, 26. April. (In der hiesigen Volkshochschule) fand gestern abend in der Aula des Lehrerseminars der letzte der drei geschichtlichen Liederabende statt. Die Vorträge über die Entwicklung des deutschen Liedes (mit Beispielen am Klavier) hielt Herr Kapellmeister Stamm, die Gesänge am Flügel bot Frau Professor Elly Schneider.

× **Zeitz**, 26. April. (Nicht bestätigt.) Der zum zweiten Bürgermeister unserer Stadt gewählte Mehrheitssozialist Schröder in Wismar ist aus unbekannten Gründen von der Regierung nicht bestätigt worden.

δ **Zerbst**, 26. April. (Brotpreiserhöhung. Nach Mitteilung des Landtagsabgeordneten North wird das Landesernährungsamt für Anhalt im Mai den Brotpreis von 2,20 Mk. auf 4 Mk. erhöhen.

!! **Artern**, 24. April. (300jähriges Kirchenjubiläum.) Da am Himmelfahrtsfeste 1620 die 1608 abgebrannte Marienkirche hier in ihrer vergrößerten Gestalt wieder eingeweiht wurde, kann unser Gotteshaus am Himmelfahrtstage d. Js. sein 300jähriges Jubiläum begehen. Generalsuperintendent Dr. Jacobi wird die Festpredigt halten.

)(**Bernburg**, 24. April. (Keine Garnison mehr.) Es steht fest, daß nur zwei anhaltische Städte Garnisonorte bleiben; Dessau und Zerbst. Das jetzt in Bernburg liegende Bataillon Reichswehr wird in allernächster Zeit aufgelöst. Zum Schutze der Bürgerschaft in Stadt und Umgebung wird eine 100 Mann starke Sicherheitspolizei nach Bernburg verlegt.

= **Aken**, 26. April. (Ein Millionengewinn.) Nach Mitteilung des hiesigen Tageblattes hat der Bäckermeister Wille in Köthen in der ersten Lotterie der Sparprämienanleihe eine Million Mark gewonnen.

§§ **Weimar**, 26. April. (Großer Ledermarendiebstahl.) In einer hiesigen Ledermarenfabrik wurden in der Nacht zum Sonnabend von Spitzbuben, die mit Gespannen vorgefahren sein müssen, Handtaschen, Mappen, Geldtaschen, Koffer und andere Ledermaren im Gesamtwert von einer halben Million Mark gestohlen.

:: **Aus Thüringen**, 26. April. (Ein kurioser Schulstreik.) Gegenwärtig wird die weimarische Gemeinde Vogelsberg durch einen Schulstreik in Erregung versetzt, von dessen Anlaß man sagen darf: noch nicht dagewesen. Der dortige Lehrer hatte sich vermessen, über die Mangelhaftigkeit seiner Wohnung im Schulhause zu klagen und bei der Gemeindeverwaltung Abhilfe zu verlangen. Als man ihm die kalte Schulter zeigte, wiederholte er nachdrücklich sein Gesuch. Das erforderte Sühne: um den neuerungssüchtigen Schulmeister zur Raison zu bringen, halten seit acht Tagen die Eltern ihre Kinder vom Schulbesuch fern. Zwei Kinder wurden allerdings zu Streikbrechern, aber auch diese beiden Arbeitswilligen werden wohl die Arbeit niederlegen müssen, da ihnen von den Streikenden Prügel drohen. Man ist gespannt, welche Stellung die etwa links gerichtete Staatsbehörde in Weimar in dem Streit einnehmen wird.

Vermischtes.

Südafrikas Fleischproduktion ist in letzter Zeit bedeutend gestiegen. In der Südafrikanischen Union befinden sich zurzeit ungefähr 35 000 000 Schafe, welche teils zur Wollerzeugung dienen teils als Schlachtvieh aufgezogen werden; hierdurch ist Neu-Seeland, das früher mit seiner Schafzucht zahlenmäßig an der Spitze stand, mit seinen 24 000 000 an die zweite Stelle gerückt. Wie es heißt, soll die frühere deutsche Kolonie Deutsch Südwestafrika in bedeutend stärkerem Umfang als bisher zur Viehzucht herangezogen werden.

Hagelschlag in der Mark Brandenburg. Wie man aus Landsberg an der Warthe meldet, wurde durch Hagelschlag der größte Teil der Obsternte in der Mark Brandenburg vernichtet.

Vereitelter Anschlag auf das Tegeler Gefängnis. Eine Bande versuchte in der Nacht zum Sonntag gewaltsam in das Strafgefängnis zu Tegel einzudringen, um nach Naugarder Muster die Gefangenen zu befreien. Als sie durch vorzeitige Entdeckung gehindert wurden, ergriffen sie die Flucht mit einem bereitstehenden Auto, indem sie durch Schüsse die weitere Verfolgung verhinderten.

Verhinderte Goldverschiebung. Gold- und Silberbarren im Werte von drei Millionen Mark, die von zwei Herren und einer Dame von Berlin nach Kiel geschafft und in einem Motorboot zur Verschiffung nach Dänemark verladen worden waren, sind von Berliner Kriminalbeamten beschlagnahmt worden. Alle drei Personen wurden verhaftet.

Räuberbanden in Mecklenburg. Auf dem zwischen Brahlsdorf und Pritzier gelegenen Gute Melkof fand ein Schweinediebstahl statt, der anscheinend von einer Räuberbande aus Hamburg ausgeführt wurde. Nach Entwendung von zwei Schweinen auf dem Gute Melkof versuchte diese Bande den Nachtzug von der entgegengesetzten Seite des Bahnsteiges zu bestiegen. Als die Wache auch auf dieser Seite den Zug untersuchte und das Einsteigen verhindern wollte, schoß einer von den Einsteigenden auf die Beamten, von denen der Hilfsgendarm V. aus Blücher einen Bauchschuß erhielt. Die Räuberbande entkam.

Ein schauerlicher Leichenfund hält die Stadt Danzig, besonders den Vorort Langfuhr, in Aufregung. Zwischen Langfuhr und Oliva, dicht am Bahndamm der Strecke Danzig-Karthaus, wurden zwei mit Stroh bedeckte Säcke gefunden, in denen sich die Leichen eines Mannes und einer Frau, anscheinend in den zwanziger Jahren, befanden, beide mit eingeschlagenen Schädeln, die Frau außerdem mit einer Schußwunde in der Brust. Die Täter sind bisher noch nicht ergriffen.

Millionendiebstahl. In Frankfurt a. M. ist aus der Fabrik Bockenheim Platindraht im Werte von zwei Millionen Mark gestohlen worden.

Gefängnisse in Kopenhagen als Wohnräume. Angesichts der ständig wachsenden Zahl der Obdachlosen sah sich die Kopenhagener Stadtverwaltung gezwungen, 40 wohnungslose Familien in einem Gefängnis einzuquartieren.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußball des Sonntags.

Ueber die Fußballspiele am Sonntag, deren Ergebnisse mit bereits gestern kurz meldeten, ist noch zu berichten:

In Halle gab es am gestrigen Sonntag nur ein Spiel, das aber trotzdem nur recht mäßig besucht war. Man kann allerdings den Grund darin suchen, daß es gestern noch allerhand Ablenkung gab. Denn Ruderer, Turner und Flieger waren auch auf dem Plan erschienen. Allerdings, wer das Spiel nicht gesehen hat, hat auch nichts versäumt. Es ragte durchaus nicht über die letzthin gezeigten Spiele hinaus. Die Hallenser zeigten die erste Spielzeit ein ganz annehmbares Können, klappten dann aber wieder so ziemlich zusammen. Leipzig war den B. f. L. ern unbedingt ebenbürtig. Die Mannschaft hat den Ausgleich auf jeden Fall verdient, Namentlich nach der Pause lagen die L. B. C.er dauernd im Angriff, ohne aber den Ausgleich erzwingen zu können. Der Spielverlauf war folgender: Halle hatte zunächst etwas mehr vom Spiele und brachte das auch in zwei Toren zum Ausdruck. Kurz nach dem Wechsein holte L. B. C. ein Tor auf, was Halle sofort wieder mit einem Treffer beantwortete. Dann aber war es mit der Kunst der Gastgeber vorbei. Der Ballspielclub kam immer mehr auf, konnte aber die vom Glück begünstigte hallische Verteidigung nur noch einmal überwinden.

Wie erwartet, blieben die Sportfreunde in Naumburg mit 3:1 Sieger. Naumburg leistete zwar heftigen Widerstand, mußte aber schließlich doch die bessere Spielweise der Hallenser anerkennen. Einen Erfolg in der ersten Spielhälfte machte Sportfreunde nach kaum fünf Minuten wieder wett. So blieb es bis zur Pause. Dann aber wurden die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200427018/fragment/page=0003

Hallenser leicht überlegen und erzielten noch zwei weitere Tore, darunter einen Elfmeter.

Sportverein 98 in Frankfurt.

Einen beachtenswerten Erfolg errangen unsere 98er in Frankfurt. Trotz verschiedener Ersatzleute konnten sie gegen den Frankfurter Sportverein das gute Resultat 2:2 herausholen. Die beiden Tore für Halle schoß Rehn. Bis kurz vor Schluß konnten sich die Hallenser mit 2:1 halten, dann aber brachte ein Elfmeter den Frankfurtern den allerdings verdienten Ausgleich.

Das Jugendgrädeispiel Halle-Merseburg in Merseburg brachte den Hallensern einen 3:1-Sieg, nachdem das Spiel beim Wechseln schon 2:0 für Halle gestanden hatte. Die Torschützen für Halle waren Brödel (2) und Zickfänschch (1).

Turnen.

1. Werbebund für Turnen und Sport des Halleschen Turn- und Sportvereins.

Auf die am Mittwoch, den 28. April, abends 7 Uhr in den „Thaliasälen" stattfindende Wiederholung des Werbeabends sei nochmals hingewiesen. In das Gewand eines Bühnenspiels gekleidet, ziehen „Bilder vom nächsten Deutschen Turn- und Sportfest in Halle" in ununterbrochener Folge am Auge vorüber. Die glückliche Verbindung der turnerischen und sportlichen Aufführungen mit Musik, Gesang und Dichtung fand bereits bei der ersten Veranstaltung ungeteilten Beifall. Sie macht den Abend zu einem abwechslungsvollen und ist in besonderem Maße geeignet, das Interesse auch bei dem den Leibesübungen Fernstehenden zu erwecken und wach zu erhalten. Damit aber wird der Zweck des Werbeabends erfüllt. Vorverkauf bei Herm. Saalfeld, Papierhandlung, Beraburger Str. 15, Ferd. Peißker Nachf. Max Kranz, Barfüßerstr. 8, Max Müller, Zigarrengeschäft, Leipziger Str. 84, und Herm. Lichtenstein, Zigarrenhandlung, Große Steinstraße 44.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Erhöhung der Eisenpreise.

Nachdem am Sonnabend der Gesetzentwurf betr. den Eisenwirtschaftsbund Annahme gefunden hatte, trat am Sonntag in Düsseldorf die Preiskommission zusammen und setzte nach längerer Beratung die Preise gemäß den Vorschlägen der Erzeuger fest. Es ergibt sich danach eine Preiserhöhung für jenerzeugnisse um rund 800 Mark pro Tonne. Es kosten demgemäß (alles in Mark):

Halbzeug: Rohblöcke 2650, vorgewalzte Blöcke 2900, Knüppel 3125, Platinen 3200, Formeisen 3600.

B-Produkte: Stabeisen 3650, Bandeisen und Universaleisen 4050, Grobbleche 4700, Mittelbleche 5555, Feinbleche (3 bis 5 mm) 5600, Feinbleche (unter 1 mm) 5625, Waldblatt 4150.

Treuhandschaften der Industrie.

Nachdem der Bund der Industriellen durch Zusammenschluß mit der Zentralorganisation der Schwerindustrie auf die Verfolgung eigener Ziele verzichtet hat, fordert jetzt die Treuhand-Vereinigung der Industriellen die verarbeitende, also die in der Hauptsache wirtschaftlich selbständige, d. h. vom Großbankkapital unabhängige Industrie zum Zusammenschluß auf. Sie hat sich die besondere Aufgabe gestellt, diese Betriebe auf die Höhe der modernen zeit- und geldersparenden Betriebsorganisation zu bringen und sie in Treuhandschaften, d. h. Produktionsgemeinschaften zum Zwecke der rationellsten Zusammenarbeit zu ordnen. Die Treuhand-Vereinigung hat sich ferner die Mitwirkung vom Großbankkapital unabhängiger Organisationen und Institute zur planmäßigen Versorgung der verarbeitenden Industrie mit Rohstoffen und zur Beschaffung mit Anlage- und Arbeitskredit gesichert. Geschäftsstelle befindet sich Berlin SW. 11, Großbeerenstraße 96.

Verlängerung der Schonfristen.

Durch die neue Einfuhrverordnung vom 22. März 1920 hat der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministeriums das Recht erhalten, verbotswidrig eingeführte Waren ohne Entschädigung zu beschlagnahmen. Diese Verordnung trat für das unbesetzte Gebiet am 27. März in Kraft; die Anwendung ist nunmehr durch Ablauf der der Entente zustehenden Einspruchsfrist auch vom 19. April ab, im besetzten Gebiete zulässig. Um Härten zu vermeiden, wurden für eingeführte Waren, die bereits in Deutschland lagern, Schonfristen für den Großhandel bis zum 15. Mai und für den Kleinhandel bis zum 15. Juli zugebilligt; diese Schonfristen sind bezüglich der im besetzten Gebiet lagernden und dort verbleibenden Waren um je einen Monat, also bis zum 15. Juni bezw. 15. August verlängert worden. Will über die genannten Termine hinaus der Handel sich vor Beschlagnahme sichern, so hat er für jene Waren des besetzten Gebiets Frist zur Stellung von Freigabeanträgen bis zum 15. Mai.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Während der Berichtswoche wurden verschiedentlich sowohl Erzeugnisse als auch Nachprodukte von der Reichszuckerstelle zur Verteilung angewiesen. Empfänger dieser Rohware sind zum größten Teil in Mitteldeutschland gelegene Raffinerien. Doch wurden auch verschiedene westdeutsche Raffinerien bedacht, zumal die Möglichkeit glatter Zuleitung des Rohzuckers nach dem Westen des Reiches wieder besteht. Zur Ablieferung sollen diese Posten bis Ende Mai gebracht sein. Erfreulicherweise ist der Ausland in der Hamburger Binnenschiffahrt schnell vorübergegangen, so daß der Verkehr auf der Elbe und ihren Nebenwasserstraßen eine besondere Behinderung nicht erfahren hat.

Am Raffinademarkte nahmen die Gemeindeverwaltungen nur vereinzelt Abforderungen durch Vermittlung der Raffinadegroßhändler vor. Den Zucker verarbeitenden Gewerben, denen das März-Kontingent aus Mangel an Ware vorenthalten werden mußte, ist das April-Kontingent nunmehr freigegeben worden. Allerdings handelt es sich auch jetzt wieder zum weitaus größten Teil um Auslands-, namentlich um böhmischen Zucker. Durch diese Freigabe wird der Verkehr in Verbrauchszucker sich jetzt wieder etwas lebhafter gestalten, wozu die schnelle Beendigung des wilden Streiks in der Hamburger Binnenschiffahrt beitragen wird.

Die Aussichten für den diesjährigen Rübenanbau haben sich durch die Zusage der Regierung, im Herbst höhere Rohzuckerpreise zuzulassen, in letzter Stunde noch gehoben. Die Zuckerfabriken konnten unter Gewährung von höheren Rübenpreisen erneut Abschlüsse in Kaufrüben tätigen, von denen eine mehrprozentige Erhöhung des Rübenanbaus zu erhoffen ist. Die Witterung war der Vorbereitung der Felder und der jetzt fast überall aufgenommenen Rübenaussaat durchaus förderlich. Gelingt es, zur gegebenen Zeit die nötigen ausländischen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft heranzuziehen, dann kann dem Erträgnis des diesjährigen Rübenanbaus mit einiger Zuversicht entgegengesehen werden.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 26. April. Die vom Auslande gemeldete weitere Erholung des Markkurses bewirkte hier bei ziemlichem Angebote ein weiteres teilweise empfindliches Nachgeben der ausländischen Devisenkurse, was bis Börsenschluß war, daß die Börse überwiegend schwache Veranlagung zeigte. Das Geschäft hielt sich im allgemeinen in engen Grenzen, und nur in Schiffahrts- und einigen Montanwerten kam es später zu belangreicheren Umsätzen. Im Verlaufe trat eine Befestigung namentlich der stark gewichenen Valutapapiere, aber auch in Montanwerten ein. Die stärksten Einbußen erfuhren naturgemäß Valutawerte wie Kanada, Schantung, Deutsch-Ostsee-Aktien, Mexikaner und Anatolier, und bei den übrigen Werten ging die Einbuße nur wenig über 5 Prozent hinaus, mit Ausnahme von Bismarckhütte, Deutsch-Luxemburger, Buderus, Höich, Phönix, Anglo Guano, A. E. G., Daimler, Aschersleben und Westeregeln. Vereinzelt waren leichte Kursbesserungen festzustellen. Dies gilt besonders von Schiffahrtsaktien und Bankaktien, letztere in Nachwirkung der günstigen Abschlüsse. Kolonial- und Petroleumwerte lagen in der Mehrzahl etwas schwächer und bei ziemlicher Zurückhaltung war später eine gewisse Unsicherheit vorherrschend. Mannesmann erhalten sich im weiteren Verlaufe kräftig im Kurse. Der Rentenmarkt war bei stillem Geschäft nur wenig verändert.

Devisenkurse.

Berlin, 26. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2132,75	2167,25	2222,75	2227,25
Brüssel-Antwerpen	364,60	365,40	357,10	357,90
Christiania	1148,75	1151,25	1173,75	1176,25
Kopenhagen	1009,75	1011,00	1034,00	1036,00
Stockholm	1258,75	1261,25	1308,50	1311,50
Helsingfors	332,15	332,85	344,65	345,35
Italien	249,75	250,25	262,20	262,80
London	226,75	227,25	234,75	235,25
New York	57,90	58,00	60,40	60,60
Paris	342,10	342,80	362,10	362,90
Schweiz	1038,75	1041,25	1073,75	1076,25
Spanien	989,00	991,00	1024,00	1026,00
Wien (altes)	17,48	18,02	17,98	18,02
(Deutsch-Oest. abgest.)	28,22	28,28	29,47	29,53
Prag	92,90	93,10	93,40	93,60
Budapest	26,97	27,03	27,47	27,53
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 26. April. Nach den scharfen Preisrückgängen der letzten Woche war heute am Hafermarkt bei Zurückhaltung der Abgeber und stärker hervortretender Kauflust die Tendenz merklich stetig, ohne das es aber zu belangreichen Umsätzen kam. Für Hülsenfrüchte hat sich die Lage nicht geändert. Die nicht amtlichen hierfür ermittelten Preise sind nominell, hauptsächlich für das Angebot. Wetter veränderlich.

Berlin, 26. April. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Klg. in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; loko: ab Bahn 2880; sofortige Abladung ab Abladestation 2750 bis 2800. Tendenz befestigt.

Niederlausitzer Bank-Aktiengesellschaft. Der Aufsichtsrat hat in seiner am 24. April d. J. stattgehabten Sitzung beschlossen, der am 17. Mai d. J. stattfindenden Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1919 eine Dividende von 9 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen.

Hamburger Millionen-Insolvenz. Die Kaffeefirma Otto Hesse in Hamburg ist zahlungsunfähig geworden. Infolge des erheblichen Preisrückganges für Reis in der letzten Zeit haben diese Geschäfte zu großen Verlusten geführt. Die Verbindlichkeiten werden auf 4—5 Millionen Mark geschätzt, doch hofft man durch langsame Liquidation zu einer Quote von 70—80 Prozent für die Gläubiger zu gelangen.

Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke A.-G. in Regis. Der Betriebsüberschuß in 1919 ging auf 2 226 427 (i. V. 4 707 810) Mark zurück. Nach Abschreibungen von 108 708 (161 123) Mark ergibt sich unzulänglich Vortrag ein Reingewinn von 437 394 (2 683 934) Mark, woraus eine Dividende von 12 (9) Prozent nach Rückstellung von 2 450 000 Mark Kriegsgewinnsteuer verteilt werden soll. Das früher stillgelegte und in den letzten Jahren verpachtet gewesene Werk Duisburg ist inzwischen verkauft worden. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ließ sich durchaus befriedigend an, doch haben die letzten Unruhen eine starke Zurückhaltung der Verbraucher gezeitigt. Die Aussichten hängen vor allem davon ab, ob die günstigen Nachwirkungen sich überwinden lassen werden und ob eine stetige und ausreichende Schaffung der zur Aufrechterhaltung der Betriebe erforderlichen Rohmaterialien und Betriebsstoffe möglich sein wird.

Lübeck—Büchener Eisenbahn-Gesellschaft in Lübeck. Der Gesellschaftsausschuß schlägt für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von 3 Proz. (i. V. 6) vor.

10 Proz. Dividende bei der Chemischen Fabrik Buckau. Die aus Aufsichtsratskreisen stammende Meldung über den Dividendenvorschlag wird jetzt von gleicher Seite dahin berichtigt, daß für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht 9 Proz., sondern 10 (i. V. 5) Proz. Dividende ausgeschüttet werden sollen.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum. Die außerordentliche Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 13 Millionen Mark. Von den 13 Millionen Mark sollen 9,5 Millionen Mark den Aktionären im Verhältnis von 6 : 1 zum Kurse von 150 Prozent angeboten werden. Die Bezugsbedingungen der restlichen 3,5 Millionen Mark werden noch vom Vorstande festgesetzt werden. Ferner wurde eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark auf 80 Millionen Mark beschlossen. Für die 10 Millionen Mark Aktien wird der Kurs und die Ausgabebedingungen noch festgesetzt werden, sobald sich hierzu die Notwendigkeit ergibt. Die Versammlung beschloß ferner eine Satzungsänderung, sodaß, um einer Überschreitung des Kapitals vorzubeugen, in Zukunft auf je 100 Mark Aktienkapital eine Stimme entfällt mit der Maßgabe, daß die höchste Zahl der auf einen Besitzer entfallenden Stammaktien die Zahl von 750 nicht übersteigen dürfe. Der Stand der Preise für Rohstoffe und die Erhöhung der Unkosten machten es der Gesellschaft erforderlich, für ausreichende Mittel zu sorgen. Auch die Reparaturen und die neuen Anlagen der Gußstahlfabriken verursachten erhebliche Aufwendungen und schließlich müsste Rücksicht darauf genommen werden, daß einmal der Zeitpunkt eintreten werde, wo ein Konjunkturumschwung kommt. Eine weitere Erhöhung von 60 bis 80 Millionen Mark hänge von der Entwicklung der Verhältnisse ab. Die Verwaltung glaubt, im Rahmen der Bewilligung bis zu 70 Millionen Mark bleiben zu können.

J. A. John A.-G. in Erfurt-Ilversgehofen. Die G.-V. setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Prozent fest. Ferner beschloß sie, das Grundkapital um 1,5 auf 3,5 Mill. Mk. zu erhöhen. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teilnehmen, werden von einem Konsortium zu 127½ Prozent mit der Verpflichtung übernommen, sie den Besitzern alter Aktien zu demselben Kurse im Verhältnis von 3:3 zum Bezuge anzubieten. Ueber das Geschäft im neuen Jahre berichtete der Vorstand, daß in den abgelaufenen ersten drei Monaten die Umsätze gegenüber dem Vorjahre wesentlich gestiegen sind. Wie sich das Geschäft weiter entwickeln werde, lasse sich angesichts der Unsicherheit in der Preisbildung für Rohmaterialien und der weiteren Gestaltung der Löhne nicht mit Bestimmtheit sagen.

Speicherei- und Speditions-A.-G. in Riesa a. d. Elbe. Aus einem Gewinne von 746 463 (i. V. 617 531) Mark werden nach 77 068 (63 906) Mark Abschreibungen 12½ Proz. (10) Dividende in Vorschlag gebracht.

Kakao. Aus Hamburg schreibt ein Fachmitarbeiter: „Der Preis für Kakaobohnen ist fester im Einklang mit der Valutaverschlechterung. Dagegen ist Kakaopulver infolge reichlicher Angebote aus dem Rheinland von nunmehr genehmigter Ware wesentlich billiger geworden. Die Nachfrage hat sich gebessert und es fanden nennenswerte Umsätze statt. Die heutigen Preise sind für 50 Kilo netto, ab Lager beim. frachtfrei Hamburg, unverzollt. Kakaobohnen: Fermentiert Accra fkl. 61 (Mk. 1403), loko, Mk. 1500 bis 1550; Courant Accra, loko, Mk. 1300 bis 1400 je nach Qualität; Thome fein fkl. 68 (Mk. 1564); Abladung von Lissabon fkl. 70 (Mk. 1610); loko, Mk. 1650; mittel Tobe, loko, Mk. 1750; Plantation Trinidad fb 140 (Mk. 1750); loko, Mk. 1850; Samana, loko, Mk. 1550; Superior Sommer Arriba April/Mai-Abladung fb 150 (Mk. 1875), loko, Mk. 2290; Epoca-Arriba, loko, Mk. 2100; Venezuela, naturelle, loko, Mk. 1850 bis 2200; gefärbte, loko, Mk. 1900 bis 2300; feine Porto Cabello und Maracaibo, loko, Mk. 2400 bis 2800; Java, loko, Mk. 1600 bis 2200; Ceylon, Mk. 2000 bis 2300, je nach Qualität. Kakaomasse: Accra, deutsche (verzollt) Mk. 2500; holl. Thome Mk. 2400. Kakaopulver: Amerikanisches, 22 Proz. Fett, loko, Mk. 1800; holl. loko, fehlt; deutsches (verzollt) Mk. 2300. Kakaobutter: Ladeutsche Mk. 3500. Schokolademasse: holl., 50 Proz. Kakao, 50 Proz. Zucker, loko, Mk. 2300.

Ausdehnung der Berliner Kindl-Brauerei A.-G. Der an G.-V. der Gesellschaft lag der Antrag der Verwaltung vor, das Kapital durch Ausgabe von 400 000 Mark Stammaktien und 750 000 Mark Prioritäts-Stammaktien auf 5,9 Millionen Mark zu erhöhen. Wie der Vorsitzende, Justizrat Abraham hierzu mitteilte, ist die Veranlassung zu der Transaktion die Uebernahme der Brauerei K. Hapnoldt, deren gesamtes Brauereiunternehmen mit Firma und allen Aktiven und Passiven und des 173 486 hl betragenden Kontingentes. Die Vesiker Hapoldtbrauerei erhalten dafür 750 000 Mark Prioritäts-Stammaktien zum Nennwert. Von den neuen Stammaktien werden 333 000 Mark den alten Aktionären 185 Prozent und zwar auf zehn alte Stammaktien über je 300 Mark eine neue Stammaktie über 1000 Mark mit dem dreifachen Stimmrecht angeboten. Die Verfassung, in der 2 224 000 Mark Stammaktien und 969 000 Mark Stamm-Prioritätsaktien vertreten waren, erhob den Antrag zum Beschluß.

Ausbreitung des Flachsbaus. In mehreren Kreisen des Provinz hat im letzten Jahre der Flachsbau einen ungeahnten Aufschwung genommen. So wurden jetzt allein aus dem Kreise Liebenwerda annähernd 4000 Zentner Flachsstroh an die große Flachsröstanstalt der Aktienmaschfabrik Könnern in Könnern bei Halle verladen. Dreierlei bietet der Flachs: das wertvolle Leinöl, Leinkuchen als hochwertiges Viehfutter und endlich die Spinnfaser.

Berliner Börse

vom 26. April 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	315,00
4½% Disch. Schatzsch. VI—IX	76,25	Chem. Heyden	470,00
5% Disch. Reichsanl.	79,75	Consolidation Schalk	329,00
4% „ „	76,25	Cröllwitzer Papierfbk	359,50
3½% „ „	68,00	Daimler Motoren	287,50
3% „ „	74,10	Deutsche Luxemburg	329,00
4% Preuß. Konsols	76,25	Deutsche Uebersee-Elektr.	1160,00
3½% „ „	63,60	Deutsche Erdöl	750,00
3% „ „	60,50	Deutsche Gasglühl.	5100,00
4% Cherl. Stadtanl. 89/99	100,00	Deutsche Kali	460,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	431,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	101,80	Donnersmarckhütte	370,50
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	103,50	Döring & Lehrmann	150,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	—	Dürrkoppwerk	—
4½% Dess. Gas Oblig.	—	Engelhardt-Brauerei	266,00
4½% Dessauer Gas Obl.	100,00	Elberfelder Farben	425,25
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleaume	510,25
4% Oesterr. Kronenrente	32,60	Gasmotoren Deutz	265,00
4% Ungar. Goldrente	68,25	Gebhard & Co.	—
4% Ungar. Kronenrente	36,75	Gebhard & König	276,00
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	331,00
Halberst.-Blankenb.	108,25	Gleuziger-Zuckerfbk	547,50
Halle-Hettstedter	80,25	Hallesche Maschfbk.	455,00
Schantungbahn	526,00	Hann. Masch.	400,00
Allg. Lokalbähn	132,00	Harpener Berg	319,00
Gr. Berl. Str.	142,00	Hasper Eisen	436,00
Magdeburger Str.-B.	145,00	Hirsch Kupfer	315,25
Prinz-Heinrich-B.	589,00	Höchster Farbwerke	384,75
Orientbahn	—	Hoesch Eisen u. Stahl	341,00
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	214,50
Hambg. Paketahrt	208,00	Humboldt Masch.	310,00
Hambg. Südamerika	287,00	Ilse Bergbau	460,00
Hansa-Dampfschiff.	386,50	Kahla Porzellan	69,50
Nordd. Lloyd	196,00	Kaliw. Aschersleben	359,75
Bank-Aktien:		Körbisdf. Zucker-Akt.	324,00
Bank f. Thür.	166,75	Kyffhäuserhütte	254,00
Berl. Handelsges.	203,50	Lahmeyer & Co.	210,00
Commerz-Diskontobank	197,00	Lauchhammer	355,00
Darmstädter Bank	158,50	Laurahütte	298,00
Dessauische Landesbank	132,00	Linke & Hofmann	509,50
Deutsche Bank	315,00	Ludwig Loewe & Co.	307,00
Diskonto-Comm.	224,75	Lothringer Hütte	303,00
Dresdner Bank	189,75	Mannesmannröhren	440,00
Leipzig. Credit-Anst.	176,12	Masch.-Fabr. Buckau	259,00
Mitteld. Kreditbank	164,75	Oberschl. Eisenb.-Bd.	226,00
Mitteld. Privatbank	185,00	do. Caro Hag.	290,50
Nationalbank	154,50	do. Kokswerke	392,00
Oesterr. Kredit	107,00	Orenstein & Koppel	290,50
Reichsbank	155,50	Phönix Berg	462,50
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vorz.	295,00
Schultheiss-Brauerei	260,00	Rhein. Stahlwerken	340,50
Akt. f. Anilin	373,50	Riebeck. Monten.	320,00
Allgem. Elektr. Ges.	353,00	Rombacher Hütten	319,00
Ammendorfer Papierfabrik	200,00	Rositzer Braunk.	346,00
Anhalter Kohlenw.	283,00	Rositzer Zucker	358,00
Annaberger Steingut	348,00	Sangerhäuser Masch.	445,00
Badische Anilin	538,00	Hugo Schneider A.-G.	329,00
Bergmann Elekt. Akt.	245,50	Schuckert & Co.	218,00
Berl. Masch.-Bau	345,00	Siemens & Halske	329,25
Bismarckhütte	396,00	Stettiner Cham.	325,00
Bochumer Gußstahl	338,00	Stettiner Vulkan	260,25
Chem.-Fabr. Buckau	260,25	Stollberger Zinkh.	297,75
		Strals. Spielkarten	352,00
		Thale-Eisenhütte	438,00
		Triptis Porzellan	268,75
		Türk. Tabakregie	1002,00
		Ver. Köln-Rottweiler	324,00
		Ver. Glanzstoff	—
		Weggiln & Hübner	199,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	784,50
		Wittener Gußstahl	904,00
		Wrede Mälzerei	148,84
		Zeitzer Masch.	214,00
		Zellstoff Waldhof	304,25
		Otavi-Minen	816,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 26. April 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	252,00	
Leipziger Metallfabrik, Schkeuditz	130,00	
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	178,00	
Mansfelder Gewerkschaft	4850,00	
Portland, Zementfabrik Halle	154,00	
Prehlitzer Braunkohlen	1054,00	
Priorit.	1250,00	
	—	

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200427018/fragment/page=0004